

<https://www.mopo.de/hamburg/hamburgs-strategie-gegen-antiziganismus-grosse-worte-wenig-dahinter/4907956>

Hamburger Morgenpost

Hamburgs Strategie gegen Antiziganismus: Große Worte, wenig dahinter?

Olaf Wunder

CHEFREPORTER

2. August 2026 - 10:25

Roma und Sinti bei einer Gedenkfeier im ehemaligen Roma-Lager in Auschwitz-Birkenau.

500.000 Roma und Sinti wurden von den Nationalsozialisten ermordet – viele von ihnen im KZ Auschwitz.

Hier ein Archivfoto von einer Gedenkfeier in Auschwitz aus dem Jahr 2009. picture-alliance/Bednarczyk An diesem Sonntag ist Gedenktag für die ermordeten Sinti und Roma. Die Linksfraktion hat das zum Anlass genommen, den Senat zu fragen, was aus den Plänen geworden ist. Die Antworten fielen ziemlich unbefriedigend aus.

Am 2. August wird der bis zu 500.000 Sinti und Roma gedacht, die von den Nationalsozialisten ermordet wurden. Das Datum erinnert besonders an die Nacht vom 2. auf den 3. August 1944: Damals tötete die SS im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau die letzten rund 4300 Menschen im sogenannten „Zigeunerlager“. Für die Hamburger Linksfraktion ist der Gedenktag Anlass, beim Senat nachzuhaken: Was ist aus der groß angekündigten Strategie gegen Antiziganismus geworden? Die Antwort: erschreckend wenig.

Im Mai 2024 hatte der Senat eine Gesamtstrategie beschlossen. Hamburg kündigte an, die Rolle der eigenen Behörden aufzuarbeiten, diskriminierende Strukturen zu untersuchen und in Bereichen wie Wohnen, Arbeit, Bildung, Polizei und Justiz gegen Antiziganismus – den Rassismus gegen Sinti und Roma – vorzugehen.

Zwei Große Anfragen der Linksfraktion sollten nun klären, was von diesen Ankündigungen tatsächlich übrig geblieben ist.

Viele Fragen, kaum konkrete Antworten: Latifi fühlt sich vom Rathaus abgespeist „Ich kann kaum glauben, was ich da teilweise an Antworten lesen musste“, sagt Hila Latifi, Fachsprecherin für Antidiskriminierung der Linksfraktion. Der Senat verweise bei konkreten Fragen immer wieder auf bekannte Strategiepapiere. „Viele unserer Fragen führen durch solche Verweise ins Leere und bleiben unbeantwortet.“

Hila Latifi, Fachsprecherin für Feminismus, Diversity, Integration und Antidiskriminierung in der Linksfraktion. Linksfraktion Tatsächlich beantwortet der Senat mehrere Fragen nach Zuständigkeiten, Ergebnissen und Kontrollen lediglich mit Hinweisen auf Vorbemerkungen und frühere Drucksachen. Besonders ärgert Latifi der wiederholte Verweis auf die allgemeine Antidiskriminierungsstrategie. Auf deren 65 Seiten komme das Wort Antiziganismus nur ein einziges Mal vor.

Ihre zugespitzte Frage: „Hat der Senat seine eigene Strategie überhaupt gelesen?“

Ein Pilotprojekt beim Jobcenter soll zeigen, wo Behörden Menschen benachteiligen Ganz untätig war Hamburg nicht. Seit April 2026 läuft beim Jobcenter ein zwölfmonatiges Modellprojekt. Ein externer Dienstleister soll prüfen, ob Arbeitsabläufe oder der Kontakt mit Kundinnen und Kunden zu Benachteiligungen führen. Anschließend sollen Gegenmaßnahmen entwickelt werden.

Doch aus dem angekündigten großen Selbstcheck der Hamburger Verwaltung ist bislang vor allem dieses eine Projekt geworden. Wann weitere Behörden untersucht werden, bleibt offen. Auch ein

Forschungsprojekt über die Erfahrungen von Sinti und Roma mit Hamburger Behörden nach 1945 steckte zum Zeitpunkt der Senatsantwort noch im Vergabeverfahren.

„So wird der ursprüngliche Anspruch in der Umsetzung Stück für Stück entkernt“, kritisiert Latifi. Statt gezielter Maßnahmen gebe es häufig allgemeine Diversity-Angebote, bei denen Antiziganismus lediglich „mitgemeint“ sei.

Melanie Schlotzhauer, Hamburgs Sozialsenatorin (SPD), nimmt an einem Termin zum Start einer Kampagne gegen Antiziganismus und für mehr Sichtbarkeit von Sinti und Roma in der Zentralbibliothek in Hamburg teil.

Besonders deutlich wird das bei den Fortbildungen. Das Seminar, das sich ausdrücklich dem Kampf gegen Rassismus gegen Sinti und Roma widmet, hatte 2024 zehn, 2025 sechs und 2026 dreizehn Teilnehmende.

Macht zusammen: 29 Menschen in drei Jahren – bei rund 82.000 Beschäftigten der Hamburger Verwaltung. Viele Angebote sind außerdem freiwillig.

Für Latifi passt das nicht zum Versprechen des Senats, antiziganismuskritische Kompetenz flächendeckend aufzubauen. „Allgemeine und freiwillige Fortbildungsangebote, Diversity-Maßnahmen und Regelangebote treten an die Stelle spezifischer Maßnahmen“, sagt sie.

Plakate und Veranstaltungen sorgen für Aufmerksamkeit – doch verändern sie auch etwas?

Deutlich sichtbarer ist die Öffentlichkeitskampagne der Stadt. Plakate, Beiträge in sozialen Netzwerken, Lesungen, Theaterstücke und Filme sollen Vorurteile abbauen. Die Kampagne startete im April 2026 und wurde mit Vertretern der Communitys abgestimmt.

Doch Latifi warnt davor, sich auf öffentlichkeitswirksame Aktionen zu

beschränken: „Es reicht nicht, Menschen sichtbar zu machen, während die Strukturen, die sie diskriminieren, unangetastet bleiben.“ Ohne ausreichenden Schutz könne mehr Sichtbarkeit sogar gefährlich werden.

Auch beim Wohnen bleiben Fragen offen. Betroffene hatten von Benachteiligungen berichtet, unter anderem im Zusammenhang mit dem städtischen Wohnungsunternehmen SAGA. Der Senat setzt bislang auf Vertrauensarbeit, eine interne Prüfung und ein geplantes Werkstattgespräch. Belastbare Daten dazu, ob und wo diskriminiert wurde, liegen ihm nach eigener Aussage nicht vor.

47 gemeldete Vorfälle zeigen, dass der Hass längst nicht verschwunden ist

Antiziganismus ist in Hamburg kein Problem der Vergangenheit. Der Hinweisstelle HiNT (Hinweisstelle für rassistische, antisemitische und rechte Vorfälle) wurden für 2025 insgesamt 47 Vorfälle gemeldet. Die Polizei registrierte im selben Jahr 15 antiziganistisch motivierte Straftaten. Die Zahlen sind nicht direkt vergleichbar, weil HiNT auch Vorfälle dokumentiert, die keine Straftaten sind. Trotzdem zeigen sie:

Der Handlungsdruck ist groß.

Der Senat hält dagegen, die Strategie sei eine langfristige Aufgabe.

Viele Vorhaben müssten zunächst entwickelt und getestet werden. Einen umfassenden Bericht soll es drei Jahre nach Beginn der Umsetzung geben.

Das könnte Sie auch interessieren:

Der Linksfraktion dauert das zu lange. „Die Antworten des Senats zeigen:

Es braucht mehr Verbindlichkeit statt allgemeiner Verweise“, sagt Latifi. Sie fordert einen Staatsvertrag mit den Sinti und Roma sowie eine feste Beteiligung ihrer Organisationen.

Hamburg hat viel versprochen. Entscheidend ist nun, ob auf Plakate, Pilotprojekte und freiwillige Kurse endlich verbindliche Veränderungen folgen – oder ob die Strategie am Ende vor allem ein schönes Papier bleibt.